

# FreiBrief aus Berlin

Juni 2023



THORSTEN FREI.

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)

## Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Streit in der Ampel geht weiter. Das Ziel, jede Wohnung auf die Wärmepumpe umzurüsten, ist nicht nur wegen fehlender Handwerkskapazitäten völlig unrealistisch. Die einseitige Fokussierung auf das Heizen mit Strom lähmt jede technologische Entwicklung, führt zu neuen Abhängigkeiten und wird den Strom weiter verknappen. Zumal unsere Netze und Kapazitäten überhaupt nicht für den prognostizierten Verbrauchsanstieg ausgelegt sind und es bisher keine Speichermöglichkeiten gibt. Völlig absurd ist, dass die Grünen sogar die Nutzung von Holz ausschließen und auch die grundlastfähige Biomassenutzung. Solche Pläne gehen vollkommen am Verständnis und den finanziellen Möglichkeiten der Menschen vorbei, was auch aus unzähligen Zuschriften von besorgten Bürgern deutlich wird. Natürlich gibt es im Hinblick auf die Klimaneutralität viele Befürworter der Wärmepumpe, die aber ignorieren, dass die Wärmepumpe bei ungenügender Dämmung nicht für jedes Gebäude geeignet ist. Die Heizung muss zum Haus passen und nicht das Haus zur Heizung. Denn sind die Voraussetzungen nicht gegeben, müssen viele zehntausend Euro in die Sanierung gesteckt werden oder der Verbrauch von Strom steigt extrem. Strom, der nach dem Kernkraft-Aus in Deutschland aktuell verstärkt aus klimaschädlicher Kohle erzeugt wird. All diese Fakten sind den Grünen egal. Sie wollen die Wärmepumpe mit der Brechstange durchsetzen. Koste es, was es wolle. Auch wenn dadurch die industrielle Basis unseres Landes zerstört und unser Wohlstand vernichtet wird. Damit würden wir dem Klimaschutz einen Bärendienst erweisen, da keines der Entwicklungs- und Schwellenländer unserem Beispiel folgen würde. Das gelingt nur, wenn wir den Beweis erbringen, dass Wachstum und Klimaneutralität in keinem Widerspruch zueinander stehen. Hier helfen Innovationen und Technologieoffenheit und mit der Bepreisung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes liegt der richtige Weg auf der Hand. Dieses marktwirtschaftliches Anreizsystem wirkt seit Jahren hoch erfolgreich bei der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Industrie, ohne der Wirtschaft zu schaden. Mit Verzicht und Verboten aber sowie grüner Planwirtschaft a la Habeck wird dieses Ziel scheitern. Einmal mehr sind die Grünen auf einem Holzweg!

Herzlichst

## Migration: Ampel gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt



Die Hilferufe der Städte und Gemeinden in Bezug auf die Unterbringung von Migranten verhalten unverändert, obwohl der Druck durch die überdurchschnittlich hohen Asylerstantragszahlen weiter ungebremsst steigt. In den ersten vier Monaten wurden mehr als 100.000 Asylerstanträge von Personen aus Drittstaaten gestellt. Kein Wunder, dass die Unzufriedenheit vieler Menschen genauso stark zunimmt, wie das Vertrauen in die Migrationspolitik von SPD, Grünen und FDP abnimmt. Die Ignoranz insbesondere der Bundesinnenministerin, aber auch der Bundesregierung insgesamt zeigt sich nicht zuletzt daran, dass auch der lang erwartete dritte Migrationsgipfel am 10. Mai nahezu ergebnislos zu Ende gegangen ist. Der einzige Lichtblick war das Zugeständnis an die Kommunen, in diesem Jahr 1 Mrd. EUR zusätzlich zu erhalten. So werden wir noch lange auf echte Problemlösungen warten müssen. Denn die Probleme lassen sich nicht mit Geld allein lösen. Es braucht endlich Ordnung, Steuerung und Begrenzung von Migration und eine Kommunikation der Bundesregierung, die genau das untermauert.

Einen Kommentar zum Migrationsgipfel habe ich gegenüber dem Bayerischen Rundfunk abgegeben:

<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiowelt/thorsten-frei-cdu-zu-migrationsgipfel-100.html>

Weitere Interviews zur Migrationspolitik finden Sie nachfolgend:

<https://www.n-tv.de/politik/Der-Bund-muss-die-Migration-begrenzen-oder-zahlen-article24107892.html>

[https://open.spotify.com/episode/0sl4j44kZPCOocGE2tzd9M?go=1&sp\\_cid=7cef44e3bf4d61109ac1eb54a1bf549f&utm\\_source=embed\\_player\\_p&utm\\_medium=desktop&nd=1](https://open.spotify.com/episode/0sl4j44kZPCOocGE2tzd9M?go=1&sp_cid=7cef44e3bf4d61109ac1eb54a1bf549f&utm_source=embed_player_p&utm_medium=desktop&nd=1)

### Zu Gast bei Anne Will im Ersten



Kürzlich war ich auch wieder einmal zu Gast bei Anne Will im Ersten. Bei dem bekannten Politik-Talk ging es um "Die Klima-Politik der Ampel - Öko-Wirtschaftswunder oder Gefahr für den Standort Deutschland?". Mit mir diskutieren der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, die grüne Staatssekretärin Franziska Brantner, die Wirtschaftsweiserin Veronika Grimm und der ZEIT-Journalist Bernd Ulrich. Ich habe dabei die Position vertreten, dass wir einen Weg finden müssen, der auf Innovation und Technologieoffenheit setzt und Wachstum ermöglicht. Die aufstrebenden Schwellenländer werden sich nicht um Klimaschutz kümmern, wenn damit nicht auch Wohlstand einhergeht. Verzicht und Verbote sowie die einseitige Verengung auf Wärmepumpe, Elektromobilität sowie Wind- und Sonnenkraftanlagen werden zu neuen Abhängigkeiten, Verknappung und hohen Preisen führen. Zumal wir in keiner Weise auf den enorm wachsenden Strom-Bedarf vorbereitet sind. Dieser Ansatz widerspricht unserer freiheitlichen Grundordnung, er wird Wohlstand vernichten und vor allem wird er nicht zum Nachahmen animieren. Dabei ist klar, dass Deutschland nur für 1,73% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist. Die Sendung können Sie in der ARD-Mediathek noch einmal in voller Länge anschauen: [daserste.ndr.de/annewill/videos/Die-Klima-Politik-der-Ampel-Oeko-Wirtschaftswunder-oder-Gefahr-fuer-Standort-Deutschland,annewill7938.html](https://www.ardmediathek.de/video/anne-will/24107892)

## Der Staat hat am Mittagstisch der Menschen nichts zu suchen



Mit ihrer parlamentarischen Mehrheit haben SPD, Grüne und FDP die Einsetzung eines Bürgerrates „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ eingesetzt. Die Idee eines solchen Bürgerrates lehne ich aus unterschiedlichen Gründen entschieden ab. Erstens. Das Thema Ernährung ist eine zutiefst private Angelegenheit. Hier hat sich der Staat nicht einzumischen. Der Einsetzungsbeschluss zeigt aber einmal mehr, die DNA der Grünen, die Einfluss auf die Ernährung nehmen und die Menschen umerziehen wollen. Zweitens. Hinzu kommt, dass die zufällige Auswahl der Teilnehmer nach gewünschten Merkmalen gesteuert werden soll. Damit wird die Zufälligkeit ad absurdum geführt. Wohin eine solche Steuerung führt, können wir im Bundeswirtschaftsministerium sehen. Drittens wird mit einem Bürgerrat in der zur Abstimmung stehenden Ausgestaltung unsere bewährte repräsentative Ordnung in Frage gestellt. Die Mitglieder haben keine demokratische Legitimation. Die Anzahl der Mitglieder ist noch viel weniger ein Spiegel unserer Gesellschaft als der Bundestag selbst, weshalb sich die Frage nach dem Mehrwert stellt. Außerdem werden unsere demokratischen Prozesse noch weiter verkompliziert.

### Ganze Härte des Gesetzes für radikale Klimaaktivisten

Die Aktionen von radikalen Klimaaktivisten waren im Mai ein viel diskutiertes Thema. Zum einen, weil es immer neue Klebe-Formen gab, die sich verstärkt auch gegen die Eigentumsrechte Dritter richteten. Zum anderen, weil in verschiedenen Bundesländern die Frage aufgeworfen wurde, ob die sog. ‚Letzte Generation‘ als kriminelle Vereinigung einzustufen ist, was auch mit Razzien in der Aktivistenszene verbunden war. Dazu äußerte ich mich beispielsweise auch im NTV #Frühstart. Der Rechtsstaat muss entschieden antworten und alle Möglichkeiten beim Strafmaß ausschöpfen. Es ist jedenfalls inakzeptabel, dass bereits



bei der Urteilsverkündung neue Straftaten angekündigt werden. Moral steht nicht über Recht und Gesetz. Sonst landen wir ganz schnell bei Anarchie und dem Recht des Stärkeren. Das würde dem Klimaschutz ein Bärendienst erweisen.

Mehr dazu unter:

[www.n-tv.de/politik/CDU-ruengt-Habecks-Klimaschutz-mit-Brechstange-article24125508.html](http://www.n-tv.de/politik/CDU-ruengt-Habecks-Klimaschutz-mit-Brechstange-article24125508.html)

### Familienfilz im Wirtschaftsministerium nach Graichen-Rücktritt nur ein wenig gelichtet



Der Staatssekretär im grün-geführten Wirtschaftsministerium Patrick Graichen wurde wegen des Vorwurfs der Vetternwirtschaft in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Dazu äußerte ich mich im MDR-Radio. Der Rücktritt von Graichen war überfällig und unausweichlich. Er hat das Vertrauen nicht nur in die Grünen, sondern die Politik nachhaltig beschädigt. Vor allem sehen wir, dass die Grünen die hohen Maßstäbe, die sie immer bei anderen setzten, selbst in keiner Weise einhalten. Hören Sie hier das ganze Interview: <https://www.mdr.de/mdr-aktuell-nachrichten-radio/audio/audio-2331348.html>

## CDU-Abend zur Kommunalwahl 2024 in Hüfingen



In einem Jahr werden in Baden-Württemberg die Kommunalwahlen stattfinden. Die CDU Hüfingen mit dem Stadtverbandsvorsitzenden Peter Müller organisierte hierzu einen Diskussions- und Informationsabend im Bürgerhaus im Stadtteil Sumpfohren, zu dem über 40 Interessenten gekommen waren. Dabei sprach ich mich vor der Diskussion für ein Engagement als Ortschafts- oder Gemeinderat aus, denn gerade vor Ort wird das Lebensumfeld der Bürger entschieden und gestaltet. Ich bin ein großer Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung in unserer Verfassung. Sie ist das Recht alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich zu regeln. Baden-Württemberg nimmt die kommunale Selbstverwaltung ernster als andere Bundesländer, was sich an einer überdurchschnittlichen Ausstattung der Gemeinden mit Steuergeldern zeigt. Dieses Vorgehen macht unser Land erfolgreicher als andere.

## Weniger Bürokratie auch Wunsch in Oberwolfach



Mit Bürgermeister Matthias Bauernfeind, Gemeinderäten und der Geschäftsführung der Schreinerei Geiger, Matthias und Jusken Geiger, habe ich während meines Gemeindebesuchs in Oberwolfach über aktuelle Herausforderungen diskutiert, darunter über den Fachkräftemangel und bürokratische Hürden bei der

Anerkennung von Berufsabschlüssen von zugewanderten Kräften. Oberwolfach setzte zuletzt wichtige Schritte in Richtung Zukunft um, beispielsweise in der Kinderbetreuung oder auch beim Klimaschutz mit einer neuen Heizzentrale, über die auch Wohnquartiere in der Nachbarstadt Wolfach mit Wärme versorgt werden sollen.

## Nierereschach: Versorgung rückt in den Fokus



Bundespolitische Themen wie Migration, Facharbeitermangel, die Wahlrechtsreform oder das Heizungsverbot bestimmten das Gespräch bei meinem Gemeindebesuch in Nierereschach. Es ging aber auch um die Ärzteversorgung, Baumöglichkeiten oder den Rückgang von Vor-Ort-Apotheken im ländlichen Raum. Abgerundet wurde der Besuch mit der Besichtigung der Backmanufaktur von Daniel Klein, der Geschäft und Produktion der Traditionsbäckerei Bantle 2020 übernommen hat und mit neun Mitarbeitern mit großer Leidenschaft für das Back- und Konditorhandwerk betreibt.

## Viel Positives in Tuningen



Von einer positiven Entwicklung sprach Bürgermeister Ralf Pahlow bei meinem Gemeindebesuch in Tuningen und verwies dabei auf ein Plus an Einwohnern von 12 Prozent binnen fünf Jahren, bei jetzt rund 3280 Bürgern. Dieser Boom stellt die Gemeinde aber auch

vor neue Herausforderungen. Entsprechend sind hohe Investitionen in die Infrastruktur notwendig, etwa in den beim Besuch besichtigten und Ende 2022 eröffneten Erweiterungsbau der Kinderkrippe. Erstaunlich ist, dass noch vor wenigen Jahren für die Region noch eine negative Bevölkerungsentwicklung prognostiziert, aber das Gegenteil ist für das ganze Land eingetroffen. Heute leben fünf Millionen Menschen mehr in Deutschland als vorhergesagt, weshalb auf allen Ebenen die Kapazitäten ausgereizt sind, betonte ich in Tuningen.

### CDU bewirbt an der Feldner Mühle



Die CDU Villingen-Schwenningen hat im Mai für einen guten Zweck für die Feldner Mühle, dem Förderverein für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderung e.V., bewirbt. Zahlreiche Helfer des Stadtverbandes konnten dabei viele Gäste und Sonntagsausflügler mit leckeren Speisen und kühlen Getränken bei bestem Frühsommerwetter versorgen. OB Jürgen Roth und Bürgermeister Detlev Bühner haben wie ich das großartige Ambiente ebenfalls genossen.

### Schönwald kämpft mit finanziellen Herausforderungen



Gut unterwegs ist die Gemeinde Schönwald beim Breitbandausbau oder beim Klimaschutz über die neue zentrale Versorgung mit Wärme aus regenerativen Holzhackschnitzeln und Gas. Sorgenfrei ist Schönwald als finanzschwache Gemeinde aber nicht. Dies machte Bürgermeister Christian Wörpel bei meinem Besuch deutlich. So sei etwa die Zukunft des renovierungsbedürftigen Hallenbads noch offen oder auch die Sanierung der Ortsdurchfahrt müsse aus finanziellen Gründen schon länger warten. Nicht selten komme die Gemeinde bei ihren Projekten nicht voran, weil sie auf staatliche und stattliche Förderungen angewiesen sei, auf deren Zusage man aber oft lange warten müsse, so Wörpel.

### Konsens mit Weilersbacher Ortschaftsrat zum B523-Ausbau



Den B523-Lückenschluss sehe ich als Muss für die Entlastung der Stadt Villingen-Schwenningen und deren Stadtbezirke, aber auch als schnellere Anbindung der B33 aus dem Schwarzwald an die A81. Über die Trasse und deren Anschlüsse wird seit Monaten diskutiert. Jüngst habe ich mich mit den Mitgliedern des Ortschaftsrates Weilersbach zum Thema getroffen. Diese plädieren zur Ortsentlastung für den Lückenschluss. Aber auch hier geht es um einen neuen, querungsfreien Anschluss. Die aktuelle Planung würde nach Ansicht von Ortsvorsteherin Silke Lorke den

Ortschaftsräten den Verkehr und Lärm zu nahe an den Ort bringen. Eine gute Lösung sehe ich im Alternativvorschlag, eine Bypass-Lösung entlang der bestehenden B523 vom Druckzentrum bis zum bestehenden Kreisel vor Weilersbach.

### Große Freude in Blumberg über Schulcampus-Bau



Bürgermeister Markus Keller zeigte sich bei meinem Besuch in Blumberg mit der Entwicklung der Stadt sehr zufrieden. Die größten Projekte habe man abgearbeitet oder sie seien in der Umsetzung. Der Bürgermeister sprach dabei den neuen Schulcampus, den Breitbandausbau oder die ärztliche Versorgung in der Stadt an. Mit dem Mammut-Projekt Schulcampus, das die Schulen in der Stadt räumlich konzentrieren wird, hat die Stadt jetzt den ersten Schritt getan. Nach Abschluss der Bauarbeiten soll es dann an die Sanierung der Realschule gehen. Ein weiteres Projekt ist die Modernisierung des Stadions. Der Sandplatz ist einem Kunstrasen gewichen. Nun soll auch das Stadionrund selbst saniert werden.

### Gespräch mit AOK-Geschäftsführer Klaus Herrmann



Steigende Gesundheitsbeiträge, immer weniger niedergelassene Ärzte, fehlende Medikamente, unnötige

Operationen – die Gesundheitsversorgung steht vielfach in der Kritik, entsprechend vielschichtig war mein Gespräch mit Klaus Herrmann, Geschäftsführer AOK-Schwarzwald-Baar-Heuberg, und AOK-Geschäftsstellenbereichsleiter Joachim Huber sowie mit Gottfried Schmidt, dem Kreisvorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse (CDA). Wir waren uns aber einig, dass Deutschland bei allen Problemen immer noch eines der besten Gesundheitssysteme in der Welt hat.

### Handwerk trifft Kunst



Die Ausstellung „Handwerk trifft Kunst“ bei Elektrik Winfried Ruetz in Oberlangnau/ Tettngang ist jährlich ein Begriff für künstlerische Vielfalt in ungewöhnlichem Ambiente. Dieses Format, Kunst in den Räumen eines Handwerksbetriebs zu zeigen, hat offenbar seinen Reiz, denn seit rund zehn Jahren lockt der CDU Ortsverband Langnau/Laimnau viele Kunstfreunde an und lädt dazu auch Politiker aus der Region. Bei der diesjährigen Vernissage war ich eingeladen und freute mich mit über den Erfolg dieser Veranstaltungsreihe.

### Unterkirnach besticht mit guter Infrastruktur



Unterkirnach zählt nach der Umfrage einer regionalen Tageszeitung zu den Gemeinden im Schwarzwald-

Baar-Kreis mit sehr hoher Lebensqualität für die Bürger und sehr guter Infrastruktur. Dies kann ich nach meinem Besuch bei Bürgermeister Andreas Braun und einigen Gemeinderäten einmal mehr bestätigen. Zwar musste Unterkirnach aus finanziellen Gründen sein Hallenbad schließen und mit der Firma Wahl einen wichtigen Gewerbesteuerzahler ziehen lassen. Der gute Eindruck wird nach dem Besuch der Roggenbachschule, die 2024 saniert werden soll, einem Blick auf das neue Baugebiet und den sanierten Kindergarten mit neuem Spielplatz aber dennoch nicht getrübt. Interessant waren auch die Betriebsabläufe im Außenklimastall der Familie Knörle.

### Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde



#### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

#### Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45



[thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)



[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)



ThorstenFreiCDU



thorsten.frei



Thorsten Frei